Nr. 137. 39. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 16. März 1910

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Herr v. Bethmann Hollweg unterwirft sich dem schwarz-blauen Block.

Der preußische Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg hat heute im Abgeordnetenhause bei der dritten Lesung der Wahlrechtsvorlage erklärt, daß die Regierung das konservativ-klerikale Kompromiß annimmt. Die Herren vom schwarzen Block können sich schmunzelnd sagen, daß Herr v. Bethmann Hollweg Order pariert hat. „Das Philosophieren muß jetzt ein Ende haben," fuhr gestern die „Germania" den Ministerpräsidenten an; die Regierung habe die „unabweisbare Pflicht, offen für die Beschlüsse zweiter Lesung einzutreten und den unentschlossenen Elementen auf der Linken zu zeigen, da sie auf die Hilfe der Regierung nicht bauen dürfen." Diese energische Sprache hat genügt, um Herrn v. Bethmann Hollweg zahm zu machen. Am Sonnabend erlaubte er sich noch allerlei Einwände und Verklausulierungen — „Verlegenheitsausreden", wie sie die „Germania" höhnisch bezeichnete; „die Regierung vinkuliert sich nicht," erklärte Herr v. Bethmann Hollweg; er wollte sich seine Stellungnahme vorbehalten, bis sich übersehen ließe, wie diese Bestimmungen ineinandergreifen, und welche Gesamtwirkung sie erzielen. Damit glaubte der preußische Ministerpräsident dem „Ernste der Situation" Rechnung zu tragen. Es war schon am Sonnabend nichts anderes als eine einzige „Phraseologie".

Heute hat sich gezeigt, daß auch nicht eine Spur von eigenem Willen hinter diesen Ausflüchten steckte. Höchstens könnte man annehmen, daß Herr v. Bethmann Hollweg die Nationalliberalen sicher machen wollte, um sie irreführen. In diesem Falle hätte er mit Herrn v. Heydebrand und Herold unter einer Decke gesteckt. Aber das braucht man nicht einmal vorauszusetzen; die Dinge sind wohl einfach so verlaufen, daß der schwarze Block auftrumpfte, und daß dann Herr v. Bethmann Hollweg, auf alle philosophische Verbrämung des reaktionären Kurses verzichtend, sein Ja stammelte. Doch wie der Hergang auch gewesen sein mag, jedenfalls hat sich der preußische Ministerpräsident der konservativ-klerikalen Koalition demütig und gehorsam unterworfen. Er wollte das direkte Wahlrecht, aber er akzeptiert das indirekte Wahlrecht; er kämpfte mit philosophischen Gründen für die öffentliche Wahl, aber er ließ sich leicht überzeugen, daß die geheime Wahl der Urwähler doch viel schöner sei; er wollte die Einjährigen und die Zwölfjährigen befördern, und er befördert jetzt nach dem Diktat der Konservativen die Muli, die das Abiturientenexamen hinter sich haben. Vom Standpunkt eines wirklichen Philosophen mag das ja tatsächlich „egal" sein, da beide Entwürfe gleich miserabel sind und vom Ideal eines freien Wahlrechts gleich weit entfernt bleiben; aber wenn Herr v. Bethmann erst den einen Entwurf vorschlägt und dann den anderen annimmt, dann zeigt er damit, daß er überhaupt kein bestimmtes Ziel hatte, sondern sich einfach vom Winde treiben ließ. Es kommt ihm nicht darauf an, die preußische Entwickelung im Sinne des Versprechens der Thronrede vom Oktober 1908 zu fördern, sondern es liegt ihm nur daran, daß irgend etwas geschieht, damit es so aussehe, als sei etwas getan worden.

Der schwarze Block hat auch in Preußen seinen Willen durchgesetzt, genau wie bei der Beratung der neuen Steuern im Reichstage — das ist die Wahrheit. Wir bezweifeln auch, daß es die Konservativen jemals ernst mit ihren angeblichen Versuchen, die Nationalliberalen auf ihre Seite herüberzuziehen, gemeint haben. Sie hätten dazu mehrfach Gelegenheit gehabt; es wäre eine Kleinigkeit gewesen, bei der Auswahl der Wahlmänner, bei der Drittelung und der Zusammensetzung der Klassen auf die nationalliberalen Wünsche Rücksicht zunehmen. Die Nationalliberalen waren ja — leider! — so bescheiden! Viel zu bescheiden! Aber die Junker wurden vom Zentrum vor die Notwendigkeit gestellt, zu wählen, und sie wählten das Zentrum, mit dem sie immer noch bessere Geschäfte zu machen hofften als mit den Nationalliberalen.

Auch Herr v. Bethmann Hollweg wurde vor die Wahl gestellt. „Wir legen Wert darauf, daß die Regierung diese Beschlüsse auch mit ihrer Verantwortung deckt", sagte heute Herr v. Heydebrand. Und Herr v. Bethmann Hollweg entsprach dieser Erwartung. Es ist genau so gekommen wie bei der Finanzreform. Fürst Bülow hielt an seine Erklärungen fest, und er mußte annehmen, daß auch Herr v. Bethmann Hollweg bei der Stange bleiben würde. Hatte Herr v. Bethmann doch noch viel häufiger als Fürst Bülow zu den Vorschlägen des schwarzen Blocks sein „Unannehmbar" gesprochen. Aber als Fürst Bülow ging, da nahm Herr v. Bethmann Hollweg seine sämtlichen Erklärungen zurück und setzte seinen Namen unter das Diktat der schwarzen Mehrheit. Wenn man noch einer Klärung der politischen Lage bedurfte, so ist sie heute gegeben worden. Wir haben tatsächlich eine Parteiregierung der Junker und Klerikalen, und Herr v. Bethmann Hollweg ist ihr gehorsames Werkzeug.

Und die Nationalliberalen? Sie haben sich das Verdienst erworben, den Fuchs aus dem Loche gelockt und die Konservativen auf die geheime Wahl festgenagelt zu haben. Sonst aber schwankten sie bedenklich hin und her. Noch am Grabe der dritten Lesung pflanzte heute Herr Friedberg die Hoffnung einer Verständigung mit dem schwarzen Block auf. Die Nationalliberalen sind von der Rechten geradezu mit Fußtritten in die Opposition gedrängt worden, und doch erklärte heute Herr Friedberg, daß seine Partei nur „augenblicklich" gegen das Kompromiß stimme. Geht es nach ihm, so verbrennt sich die nationalliberale Partei doch noch die Finger, indem sie für die Reaktion die Kastanien aus dem Feuer holt.

Unter wüsten Skandalen ist heute die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage vollzogen worden. Die streitbaren Konservativen zeigten nicht übel Neigung, den sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht zu verhauen, der etwas allzu derb von der „Trödler- und Schacherbude" gesprochen hatte. Solche Szenen sind glücklicher Weise bisher in deutschen Parlamenten nicht üblich gewesen; aber man muß befürchten, daß die Erregung über das neue Wahlrecht noch zu manchen unliebsamen Erscheinungen führen wird. Herr v. Bethmann Hollweg hat nicht bloß die Linke des Abgeordnetenhauses, er hat das preußische Volk brüskiert. Er muß ja wissen, wie weit er es treiben, und wie viel er zu verantworten zu können glaubt. Aber er sollte nicht vergessen, daß, wer Wind säet, Sturm ernten wird.

Der Schlußkampf.

Vor stark besetztem Saale hat sich heute im Abgeordnetenhause der dritte und vorläufig letzte Akt der Wahlrechtskomödie abgespielt. Herr v. Bethmann Hollweg war wieder selbst erschienen, mit ihm die Herren v. Moltke, Holtz und Falkenhayn.

Die Debatte setzte sich ausschließlich aus feierlichen Erklärungen der Parteiführer zusammen. **Herr v. Heydebrand** streckte noch einmal den Nationalliberalen die Hand zur Versöhnung entgegen. Die Konservativen **wünschten noch heute den Beitritt der Mittelparteiler zu dem Kompromiß** und seien daher noch heute bereit, den Nationalliberalen **entgegenzukommen,** allerdings unter unbedingter Festhaltung an der indirekten Wahl und der öffentlichen Wahl der Abgeordneten und unter der weiteren Bedingung, daß die jetzige Mehrheit, das heißt der berühmte Kompromißblock, nicht gefährdet werde!

Herr **Herold** suchte nochmals die Haltung des Zentrums zu erklären. Es habe „nur schweren Herzens" der indirekten Wahl zugestimmt, dieses Opfer aber bringen zu müssen geglaubt, um die geheime Wahl wenigstens für die Urwählen zu erreichen. Im übrigen gehen die Ansichten und Erklärungen der beiden Führer der „Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit" weit auseinander. Herr v. Heydebrand sieht in den Beschlüssen der zweiten Lesung einen Damm gegenüber der weiteren Demokratisierung, Herr Herold — angeblich! — einen Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung. Trotz so verschiedener Grundsätze aber liegen sich beide in den Armen, „unbekümmert um die Massen und die Presse", wie sie mit Stolz hinausrufen.

Dr. **Friedbergs** Erklärung begann mit der Versicherung, daß die Nationalliberalen die Beschlüsse der zweiten Lesung nicht annehmen könnten. Herr Friedberg bedauert tief, daß eine Verständigung mit den anderen Parteien augenblicklich (!?!) nicht möglich gewesen sei, und er sieht den Hauptgrund dafür in der Tatsache, daß man die Regierungsvorlage in ihr Gegenteil verkehrt habe. Aber Herr Dr. Friedberg zeigt doch bereits den Weg, auf dem man sich vermutlich am Ende finden wird: Wenn überhaupt eine Kombination zwischen geheimer und indirekter Wahl möglich sei, so müssen wenigstens die gefährlichen Wirkungen der indirekten Wahl nach Möglichkeit abgeschwächt werden; sei es durch eine andere Drittelung, sei es dadurch, daß man das Gremium, aus dem die Wahlmänner entnommen werden, erweitert. Und so erklärt Herr Friedberg zwar, die Nationalliberalen würden auf die Wiedereinbringung ihrer Anträge für die dritte Lesung verzichten, seien aber zu „positiver Mitarbeit" nach wie vor bereit und protestieren entschieden gegen den „Vorwurf" (!), daß sie auf dem „Abmarsch nach links" begriffen seien. Das sind Worte, die offenbar den Umfall vorbereiten.

Mit diesem Umfall der Nationalliberalen rechnet offenbar auch schon **Herr v. Zedlitz.** Die Freikonservativen haben ihren Antrag wieder eingebracht, die Drittelung in den Urwahlbezirken durch die Drittelung nach Gemeinden zu ersetzen. Sie wollen das Kompromiß zu § 4 akzeptieren, aber nur unter der Voraussetzung, daß zu der Mehrheit sich auch die Nationalliberalen gesellen.

Und auf daß die Harmonie zu einer vollkommenen werde, erhebt sich endlich auch Herr **v. Bethmann Hollweg,** um eine kurze Erklärung zu verlesen. Wie niemand anders erwartet hat: die Regierung geht unter das kaudinische Joch und **akzeptiert das Kompromiß** und damit die völlige Umkehrung ihres Entwurfs.

Es war keine Ueberraschung und doch ging angesichts dieses peinlichen Schauspiels eine starke Bewegung durch das Haus. Die folgenden Reden gingen in der Erregung fast völlig verloren. Die Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten ließen nochmals ihre strikt ablehnende Haltung erklären. Der Abgeordnete Fischbeck tat es mit der Versicherung, was auch geschehen möge, der Wahlrechtskampf werde nun niemals mehr zur Ruhe kommen. Schon im nächsten Jahre werde die Fortschrittliche Volkspartei mit ihrem Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen wiederkommen.

Während der Rede des Abg. **Liebknecht** kam es zu

Skandal- und Lärmszenen,

die alles bisher im preußischen Landtag Erlebte in den Schatten stellten und höchstens noch an den Szenen, die sich an den jüngsten Erzeb des Herrn v. Oldenburg anschlossen, ein Seitenstück haben. Herr Liebknecht hatte in maßloser Erregung das Abgeordnetenhaus eine Schacher- und Trödelbude genannt, in der um die heiligsten Güter und Rechte des Volkes gefeischt werde. Diese Worte riefen in dem relativ nur schwach besetzten Hause einen beispiellosen Entrüstungssturm hervor. Rufe wie Unverschämt! Frechheit! Schluß! und Raus! tönten durch den Saal. Zahlreiche Abgeordnete eilen nach der Tribüne, man sieht geballte Fäuste und drohende Gebärden, und der Lärm dauert minutenlang. Der Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung, aber er kann sich kaum Gehör verschaffen und muß immer und immer wieder die Glocke schwingen, bis er endlich — selbst feuerrot und zitternd vor Erregung — Herrn Liebknecht auffordern kann, in seinen Ausführungen fortzufahren. Es hätte wirklich nicht viel gefehlt und es wäre zu Tätlichkeiten gekommen. Die Herren Konservativen, die offenbar ihre eigenen Sünden im Reichstag längst vergessen haben, verlassen schließlich bis auf einige wenige Mitglieder demonstrativ den Saal. Herr Liebknecht aber behauptet das Feld und spricht noch länger als eine Stunde. Als er die „Schandtaten" des Zentrums erwähnte, holte er sich den zweiten Ordnungsruf. Auch Herr Liebknecht liest aus der Erklärung des Herrn Dr. Friedberg die Sehnsucht heraus, — mitgenommen zu werden. „Man steigt nach ....."

Aber der „Zwischenfall Liebknecht" ist mit den beiden Ordnungsrufen noch nicht ganz erledigt. Das Zentrum hält es für nötig, sich noch besonders zu wehren. Es schickt diesmal den jugendlich-hitzigen Dr. Bell (Essen) vor, der dem Hause die Frage vorgelegt, ob es sich noch länger von sechs Herren solche Beschimpfungen gefallen lassen wolle. Nach den eben erlebten Vorgängen lehnt Herr Dr. Bell es ab, mit den Sozialdemokraten zu diskutieren, beschäftigt sich dann aber ausschließlich mit den sozialdemokratischen Einwänden.

Um 3/4 2 Uhr beginnt das Haus die

Spezialberatung.

Neben dem schon erwähnten freikonservativen Antrag liegen Anträge der Konservativen und des Zentrums vor. Die ersteren sind nur redaktioneller Art. Das Zentrum hält es beantragt unter anderem wieder obligatorische Fristwahl und nur in Ortschaften von weniger als 3000 Einwohnern wahlweise Festsetzung von Frist- oder Terminswahl. Die Konservativen haben, entgegen ihrer Ankündigung bei der zweiten Lesung, darauf verzichtet, den Antrag auf Wiederherstellung der öffentlichen Wahl wieder einzubringen.

* * *

41. Sitzung, Mittwoch, 16. März.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Falkenhayn. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. **Lohmann** (Natl.), daß seine Ermittelungen über die „Donauwarte" ergeben haben, daß dieses Blatt zwar kein Parteiblatt des Zentrums sei, aber auch kein sozialdemokratisches Blatt und auch kein dem Zentrum feindliches Blatt. (Hört, hört! links.) So bringe es in einer der letzten Nummern eine sehr freundliche, heimathe begeisterte Schilderung einer Zentrumsversammlung. (Hört, hört! links.)

Abg. Graf **Praschma** (Ztr.): Ich muß nach wie vor die Behauptung aufrecht erhalten, daß das Zentrum mit dem Blatt nichts zu tun hat, sondern daß das Blatt den Standpunkt des durchaus radikalen bayerischen Bauernbundes vertritt. (Hört, hört! Zentrum.)

Es folgt die Beratung eines Antrages des Abg. Dr. Freiherr v. Erffa (Kons.) auf Aufnahme des Notparagraphen in den Etat.

Abg. Freiherr **v. Erffa** (Kons.): Durch die späte Einberufung des Landtages und durch die Einbringung der Wahlrechtsvorlage ist es leider nicht möglich gewesen, den Etat rechtzeitig bis zum 1. April fertigzustellen. Daher rechtfertigt sich mein Antrag, den ich der Budgetkommission zu überweisen bitte.

Ein **Regierungskommissar:** Die Regierung begrüßt den Antrag mit Dank und wird sich bei ihren Ausgaben in der loyalsten Weise der größten Zurückhaltung befleißigen.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Der Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird in zweiter und dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die

dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Abg. **v. Heydebrand und der Lase:**

Einige Mitglieder der konservativen Fraktion, die Abgeordneten v. Brandenstein, v. Jagow, Graf Kanitz, Krüger-Marienburg und Freiherr v. Reitzenstein werden gegen den Gesetzentwurf im ganzen stimmen, teils weil sie in der gegenwärtigen Zeit eine Aenderung des preußischen Wahlrechts überhaupt nicht für notwendig halten, teils weil sie in der Einführung der geheimen Wahl ein unüberwindliches Hindernis sehen. Was die übrigen Mitglieder meiner Partei anlangt, so sind wir geneigt, auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse zu treten und im gegenwärtigen Stadium für sie zu stimmen. Wir tun das nicht in dem Sinne, als wenn wir mit allem einverstanden wären, was in diesem Gesetzentwurf enthalten ist. Wir tun es nicht einmal in